



LETZTE NACHRICHTEN

WELT

Nachrichten in Kurzform:

- Washington: Trumps Rede vor dem Kongress lieferte bekannte Positionierungen: Biden sei für Inflation verantwortlich – Lob für Musks Sparanstrengungen – Bestätigung der Zollpolitik – Kontrolle über Panamakanal und Grönland – Ende des CHIPS Subventionsprogramms – Aufbau des Raketenschildes – Ukraine-Deal.
- Kiew: Selenskyj bezeichnete den Streit mit Trump als bedauerlich. Er suche Kooperation. Laut Insidern will Ukraine Rohstoffabkommen unterzeichnen.

EUR

Union und SPD einigen sich auf Milliarden-Finanzpaket

Alle Verteidigungsausgaben oberhalb von 1% des BIP würden von den Beschränkungen der Schuldenbremse ausgenommen. Ein neues Sondervermögen von 500 Mrd. EUR für Infrastrukturausgaben soll für die Dauer von 10 Jahren geschaffen werden. Union und SPD würden kommende Woche Anträge für eine Änderung des Grundgesetzes in den alten Bundestag einbringen.

USD

China, Kanada und Mexiko kontern US-Strafzölle mit Gegenzöllen

Die von den USA verhängten Zölle gegen China, Kanada und Mexiko drohen sich zu einem Handelskrieg auszuweiten. Ab Dienstag wurden Importzölle von 25% auf Waren aus den beiden US-Nachbarstaaten fällig. Bestehende Zölle auf chinesische Importe wurden von 10% auf 20% erhöht. Die betroffenen Länder kündigten Zölle auf US-Waren an. Die Maßnahmen und Gegenmaßnahmen in beide Richtungen betreffen Waren im Wert von etwa 2,2 Billionen USD pro Jahr.

EUR

EU-Kommission plant, Verteidigungsausgaben markant anzukurbeln

Die EU-Kommission plant eine massive Förderung von Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten. Dazu sollen die EU-Stabilitätskriterien mit Blick auf Investitionen in die Rüstung gelockert werden. Auch soll es einen neuen Gemeinschaftsfonds im Volumen von 150 Mrd. EUR geben. Insgesamt könnten Finanzmittel in Höhe von 800 Mrd. EUR mobilisiert werden

TECHNIK UND BIAS

	NEW YORK		FAR EAST		BIAS
EUR-USD	1.0497	- 1.0627	1.0603	- 1.0636	Positiv
EUR-JPY	155.61	- 159.21	158.76	- 159.51	Positiv
USD-JPY	148.10	- 149.88	149.59	- 150.18	Neutral
EUR-CHF	0.9346	- 0.9453	0.9446	- 0.9467	Positiv
EUR-GBP	0.8265	- 0.8305	0.8300	- 0.8312	Positiv

KOMMENTAR

[Keine Überraschungen](#)

[Interessant](#)

[Siehe Kommentar](#)

[Risikocluster für die
Weltwirtschaft erhöht sich](#)

[Interessant](#)

Sie haben Interesse am
Hellmeyer Report?
Dann melden Sie sich
jetzt unter
www.netfonds.de an



DAX-BÖRSENAMEPEL

- Ab 21.250 Punkten
- Ab 21.450 Punkten
- **Aktuell**

MÄRKTE

DAX (Xetra)	22.326,81	-820,21
EURO STOXX50	5.447,59	-55,45
Dow Jones	42.544,69	-1.158
Nikkei	37.448,70 (06:02)	+117,52
CSI300	3.892,99 (06:02)	+7,77
S&P 500	5.778,35	-155,44
MSCI World	3.724,69	-34,99
Brent	70,77	-0,33
Gold	2.910,50	+18,00
Silber	32,00	+0,33

TV-TERMINE/VIDEOS



**FTD Hellmeyer
der Woche KW 10**

**Mission Money
Mit Mario Lochner**

Aktuelles ntv-Video

Märkte: Achterbahnfahrt an den Aktienmärkten - IW- Studie: Dauerkrise seit 2020 kostet deutsche Wirtschaft 735 Mrd. EUR - Union und SPD einigen sich auf Milliarden-Finanzpaket - Stimmung in Chemieindustrie im Keller

EUR/USD eröffnet bei 1,0617 (05:54 Uhr), nachdem der Tiefstkurs der letzten 24 Handelsstunden bei 1,0480 im europäischen Geschäft markiert wurde. Der USD stellt sich gegenüber dem JPY auf 149,81. In der Folge notiert EUR-JPY bei 159,08. EUR-CHF oszilliert bei 0,9460.

Märkte: Achterbahnfahrt an den Aktienmärkten

An den Aktienmärkten ergab sich eine Achterbahnfahrt in den letzten 48 Stunden. So markierte der DAX am Montag eine historische Höchstmarke bei knapp 23.308 Punkten, um gestern im Tief bei 22.320 Zählern aufzuschlagen. Vom Tiefpunkt gab es dann eine Erholung. Der Late-DAX schloss bei 22.664 Punkten, was nahezu dem Eröffnungsniveau vom Montag entsprach (22.623). Angeblich war der Grund für den temporären Ausverkauf die Einführung der US-Zölle gestern als auch die erwartete Reaktion (waren angekündigt) der Gegenzölle. Ich nehme das zur Kenntnis.

Mittlerweile erreichen uns Nachrichten, dass seitens der USA bei Entgegenkommen Möglichkeiten bestehen, Einfluss auf die Höhe der Zölle zu nehmen. Warten wir es ab. Trumps Rede vor dem Kongress lieferte keine neuen Erkenntnisse: Biden sei für Inflation verantwortlich – Lob für Musks Sparanstrengungen – Bestätigung der Zollpolitik – Kontrolle über Panamakanal und Grönland – Ende des CHIPS Subventionsprogramms – Aufbau des Raketenschilds – Ukraine-Deal.

Europa und Deutschland liefern Schlagzeilen mit Relevanz. Das Thema Verteidigung wird adressiert. Es stehen Billionenverschuldungen im Raum. Gleichzeitig sind die Stresszustände in den öffentlichen Haushalten der großen europäischen Länder (Frankreich, UK, Deutschland) erheblich (Spagat?). Unten beschäftigen wir uns mit den Thema Deutschland intensiver.

Aktienmärkte: Late Dax -1,60%, EuroStoxx 50 -1,01%, S&P 500 -2,62%, Dow Jones -2,65%, US Tech 100 -2,45%.

Aktienmärkte in Fernost Stand 06:05 Uhr: Nikkei (Japan) +0,20%, CSI 300 (China) +0,24%, Hangseng (Hongkong) +1,78%, Sensex (Indien) +0,73% und Kospi (Südkorea) +1,04%.

Rentenmärkte: Die 10-jährige Bundesanleihe rentiert heute früh mit 2,48% (Vortag 2,49%), während die 10-jährige US-Staatsanleihe eine Rendite in Höhe von 4,24% (Vortag 4,14%) abwirft.

Devisenmärkte: Der 1,0479 EUR (+0,0138) stieg gegenüber dem USD im Tagesvergleich deutlich.

Gold (+18,00 USD) und Silber (+0,33 USD) legten gegenüber dem USD zu.

Bitcoin notiert bei 86.950 (06:07 Uhr). Gegenüber dem Vortag ergibt sich ein Anstieg im Tagesvergleich um 3,500 USD.



Folker Hellmeyer

040 8222 67 - 234

fhellmeyer@netfonds.de

IW- Studie: Dauerkrise seit 2020 kostet deutsche Wirtschaft 735 Mrd. EUR

Die Krisen der vergangenen fünf Jahre haben Deutschland einer Studie des IW zufolge fast 735 Mrd. EUR gekostet.

Nach der Erholung vom Pandemie-Schock kämen die wirtschaftlichen Aktivitäten seit drei Jahren nicht mehr über das Niveau des Jahres 2019 hinaus, so das IW. Zugleich überträfen die Wirtschaftsausfälle die Einbußen während der Krisen im vergangenen Vierteljahrhundert. In der Strukturkrise 2001 bis 2004 beliefen sie sich demnach auf 3,4% des BIP, während die ökonomischen Kosten der Finanzmarktkrise um 2008/09 bei 4,1% des BIP lägen. In den bisherigen 20 Quartalen seit Ausbruch der Corona-Pandemie beliefen sich die Einbußen bereits auf 4,3% des BIP. Deutschland befinde sich in seiner schwersten wirtschaftlichen Krise seit der Wiedervereinigung, so das IW. Corona und Ukraine hätten die Investitionstätigkeit der Unternehmen fast zum Erliegen gebracht. Das senke unser Produktionspotenzial auf Jahre hinaus. Auch die Politik treffe eine Mitschuld. Jahrelang habe sie den Standort vernachlässigt. Das sei der Boden, auf dem uns die Krisen so hart trafen. Es werde die Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein, diesen Rückstand aufzuholen (mit finanziellen Anreizen, günstigerer Energie und weniger Bürokratie).

Kommentar: Ich freue mich, dass das IW in Köln mit dieser Studie unsere seit langem kursierenden Analysen bestätigt. Die genannten Themen sind nicht vollständig,

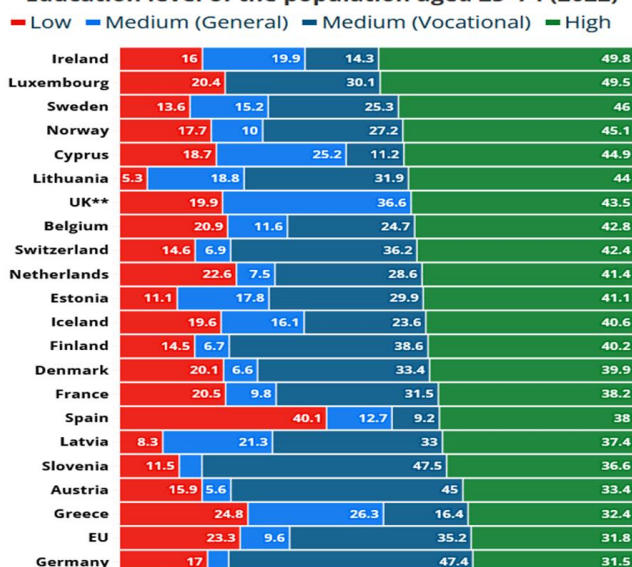
*Das Thema Energie entscheidet. Kommen jetzt nicht Preisentlastungen und wird jetzt nicht nachhaltige Versorgungssicherheit hergestellt, fallen die Dominosteine schneller und breiter als bisher, ergo Exodus des uns tragenden Kapitalstocks, da die Unternehmen unter den obwaltenden Rahmenbedingungen zu großen Teilen **nicht erfolgreich wirtschaften können**. Wird hier agiert, ergeben sich Zeitfenster für alle anderen bitter notwendigen Reformen. Diesbezüglich der Verweis auf einen Artikel der Welt vom 17. Januar 2025 (Deutschlands finale Demütigung). Die europäischen Gaspreise seien nach wie vor etwa fünfmal so hoch wie in den USA, während sie vor der Pandemie nur doppelt so hoch waren. Damit verbindet sich eine existentielle frage bezüglich des uns tragenden Geschäftsmodells. Wir haben kein anderes Geschäftsmodell! Wollen wir dieses Geschäftsmodell verenden lassen? Was hieße das für Wohlstand und Stabilität der Gesellschaft und der Politik?*

Zum Tableau der Hausaufgaben der Regierung, das hier schon mehrfach vorgestellt wurde:

Thema	Wertung	Maßnahmen
Nachhaltige Energieversorgungssicherheit	Nicht gegeben	Nutzung aller Ressourcen, Atomkraft, interessenorientierte Sanktionspolitik
Konkurrenzfähigkeit Energiepreise	Nicht gegeben	Interessenorientierte Sanktionspolitik (siehe Japan, USA)
IT-Status	Schwach	„IT-Airbus“
Infrastruktur	Schwacher Durchschnitt	Massiver Ausbau
Bürokratie	Hoch	Massiver Abbau
Hochsteuerland	Ja	Steuersenkungen
Bildungsniveau	Fallend	Neuer Ansatz
Fachkräftemangel	Hoch	Anreizsystem (Rentner)
Demografie	Negativ	Familienförderung
Anspruchsgesellschaft	Ja	Abbau Sozialstaat
Leistungsgesellschaft	Nein	Anreizsysteme, Steuerpolitik
Außenpolitische Vertretung (z.B. „Snowden, Northstream“)	?	?

Ein zweiter Notstand betrifft das Bildungsniveau. Wir befinden uns in einem Bildungswettlauf mit dem Rest der Welt. Vor Ausbruch des 1. Weltkriegs 1914 war Deutschland in rund 90% der relevanten Wissenschaftsfelder und deren industrieller Anwendung führend und wir stellten zu großen Teilen die Nobelpreisträger. Laut dem australischen ASPI-Institute führt China heute in 57 von 64 relevanten Wissenschaftsfeldern. Europa führt in keinen Feldern. Wenn Deutschland und Europa eine Chance auf Zukunft haben wollen, liegt hier enormer Handlungsbedarf. Das gilt vor allen Dingen für Deutschland, es sei denn, wir wollen den Verliererstatus dieses Landes zementieren. Dazu folgende Statistik: Übrigens mit „Chillen“ und Ausweitung der Anspruchsgesellschaft wird das nicht klappen, ganz im Gegenteil!

Education level of the population aged 25–74 (2022)



Deutschland: Union und SPD einigen sich auf Milliarden-Finanzpaket

Die voraussichtliche neue Regierungskoalition (CDU(CSU)/SPD) verständigte sich auf ein massives Verschuldungspaket für die kommende Legislaturperiode und darüber hinaus.

Alle Verteidigungsausgaben oberhalb von 1% des BIP würden von den Beschränkungen der Schuldenbremse ausgenommen. Ein neues Sondervermögen von 500 Mrd. EUR für Infrastrukturausgaben soll für die Dauer von 10 Jahren geschaffen werden. Union und SPD würden kommende Woche Anträge für eine Änderung des Grundgesetzes in den alten Bundestag einbringen.

*Kommentar: Hat dieses Land ein Einnahmeproblem? Nein! Im Jahr 2024 legten die Steuereinnahmen (ex Gemeindesteuern) um 3,8% auf gut 861 Mrd. EUR zu. **Dieses Land hat ein massives strukturelles Ausgabenproblem für nicht investive Zwecke.** Dieser Meinung war auch der voraussichtlich neue Kanzler Merz. Die aktuell im Raum stehende Ausrichtung der Politik steht im Widerspruch zu den Aussagen, die ihn in diese Position getragen haben. Verachtet die Politik den Souverän? Wagt man sich nicht an den Moloch Anspruchsgesellschaft? Nimmt man seine Aufgaben bezüglich der prekären Demographie ernst?*

Ich habe kein Problem mit der Auflösung der Schuldenbremse für nachhaltig investive Zwecke (generationengerecht). Ich habe sehr wohl ein Problem mit Auflösung der Schuldenbremse für konsumtive Zwecke (nicht generationengerecht). Militärausgaben sind konsumtiv. Sie sind aus dem regulären Haushalt zu bestreiten. Übrigens, nachdem der Westen die Rüstungsverträge kündigte, lief die Situation aus dem Ruder. Diplomatie kann massiv kostensenkend sein! Können die EU und Deutschland Diplomatie? Eine Runde „Bismarck“ wäre angemessen!

Deutschland: Stimmung in Chemieindustrie im Keller

Die prekäre Stimmung in der deutschen Chemieindustrie hat sich im Februar weiter verschlechtert. Das IFO-Barometer für das Geschäftsklima sank von -14,8 auf -18,2 Punkte. Während sich die Bewertung der aktuellen Geschäftslage verbesserte (*vorgezogene Exporte wegen US-Zöllen*, temporäres Phänomen), fielen die Erwartungen für die kommenden sechs Monate negativer aus als zuvor.

*Kommentar: Die Chemiebranche stellt **noch** eine Schlüsselbranche unserer Wirtschaftsstruktur dar. Täglich verdunkelt sich die Zukunftsperspektive dieser Branche.*

O-Ton IFO: „Die chemische Industrie steckt in einer Krise: Hohe Energiekosten, bürokratische Hürden, schwache Nachfrage und zunehmende Handelsbarrieren belasten sie im globalen Wettbewerb.“

Kommentar: So ist es! Was noch mehr belastet ist die Ignoranz der politischen Eliten ob des Aderlasses an Kapitalstock (Aufgabe, Verlagerungen). Die Politik fokussiert sich derzeit auf massive Mehrausgaben (Thema Schuldenbremse, EU-Wehretat), ohne die maßgebliche Quelle des Steueraufkommens, das sind die Unternehmen, mit Rahmendaten zu versorgen, die den Unternehmen Zukunftsperspektiven geben und das Steueraufkommen des Staates mittel- und langfristig sichern helfen. Wie intelligent ist das?

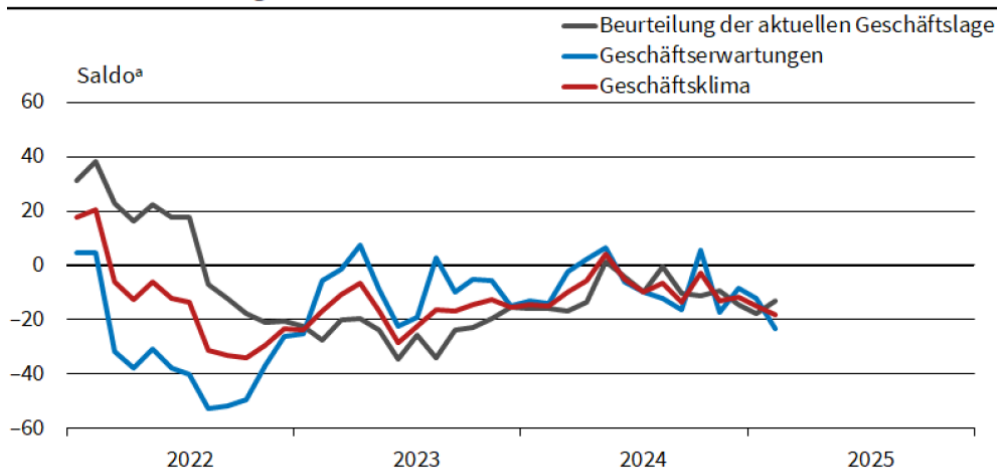
Die Unternehmen bewerten ihren Auftragsbestand fortgesetzt als sehr niedrig. Die Exporterwartungen fielen in den negativen Bereich. Zudem verliert die deutsche Chemiebranche den IFO-Angaben zufolge im internationalen Wettbewerb zunehmend an Boden. Die Zollpläne von Trump belasteten das Exportgeschäft. Angesichts dieser Belastungen planen die Unternehmen, ihre Produktion zu senken und Personal abzubauen.

*Kommentar: Es stellt sich die Frage, wo Unternehmen Hoffnung schöpfen können, dass sich die Rahmendaten positiv verändern? Da bedarf es nicht kosmetischer Maßnahmen, sondern es bedarf des größten Reformwerks in der bundesdeutschen Geschichte. **Agieren wir nicht extrem zeitnah, wird die negative Dynamik markant zunehmen!***

Der Branchenverband VCI hofft auf die künftige Bundesregierung. Die Wirtschaft brauche klare Perspektiven und eine stabile Regierung, die anpacke, so VCI-Präsident Steilemann. Nach dem unproduktiven Streit der vergangenen Monate könne sich Deutschland politischen Stillstand nicht länger leisten. Die Unsicherheit für die Unternehmen müsse jetzt ein Ende haben.

Kommentar: Das ist sehr milde formuliert. Die Lage ist schlechter, als es die Daten implizieren.

Geschäftsentwicklung in der Chemiebranche in Deutschland



^a Saisonbereinigte Werte.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Februar 2025.

© ifo Institut

Datenpotpourri der letzten 24 Handelsstunden

Eurozone: Arbeitsmarktdaten aus Europa „erfrischend“

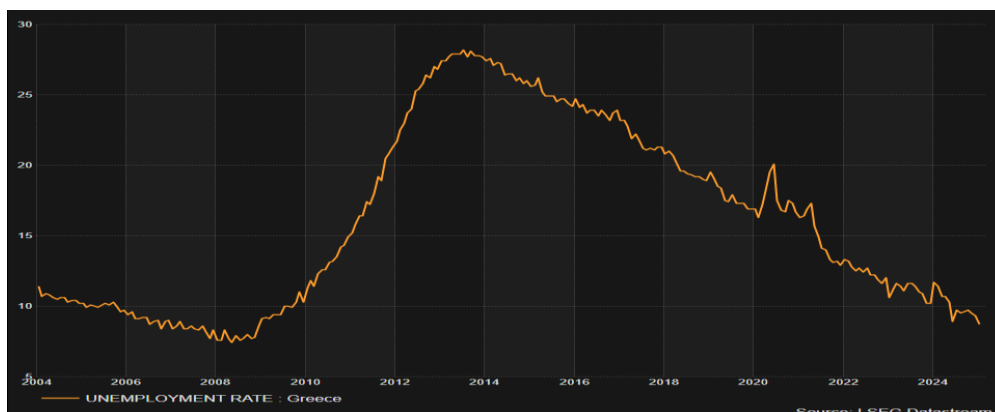
Die Arbeitslosenrate der Eurozone lag per Berichtsmonat Januar bei 6,2% (Prognose 6,3%) nach zuvor 6,2% (revidiert von 6,3%). Die aktuelle Quote stellt ein Allzeittief dar!

Italien: Die Arbeitslosenrate stellte sich per Berichtsmonat Januar auf 6,3% (Prognose 6,3%). Der Vormonatswert wurde von 6,2% auf 6,4% revidiert.

Spanien: Die Zahl der Touristenankünfte lag per Januar bei 8.147.788 (Vormonat 8.786.800). Im Vorjahr lag der Wert bei 7.256.090. Spanien brilliert mit Attraktivität!

Griechenland: der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe lag per Berichtsmonat Februar bei 52,6 nach zuvor 52,8 Punkten im Vormonat.

Griechenland: Die Arbeitslosenquote fiel per Berichtsmonat Januar von zuvor 9,3% (revidiert von 9,4%) auf 8,7% und markierte die geringste Quote seit Juni 2009 (Allzeittief 6,6% im Mai 2008). So sehen die Erfolge positiver Strukturreformen (Aristoteles) aus!



Einkaufsmanagerindices des Dienstleistungssektors und der Gesamtwirtschaft (Composite)

Länder	Februar 2025	Januar 2025 oder vorläufiger Wert Februar
Japan		
- Dienstleistungen	53,7	53,1
- Gesamtwirtschaft	52,0	51,6
Indien		
- Dienstleistungen	59,0	61,1
- Gesamtwirtschaft	58,8	60,6
Hongkong		
-Gesamtwirtschaft	49,0	51,0
China		
- Dienstleistungen (Caixin)	51,4	51,0
UAE		
- Gesamtwirtschaft	55,0	55,0
Russland		
- Dienstleistungen	50,5	54,6

Derzeit ergibt sich für den EUR gegenüber dem USD eine positive Tendenz. Ein Unterschreiten der Unterstützungszone bei 1,0350 – 1.0380 negiert das Szenario.

Viel Erfolg!



LAND	TITEL	DATUM	ZULETZT	KONSENSUS	ZEIT	BEWERTUNG	BEDEUTUNG
CHF	Verbraucherpreise (M/J)	Februar	-0,1%/0,4%	0,5%/0,2%	08.30	Deflationsrisiken (J) rücken näher!	Mittel
EUR	Finale Werte PMIs:	Februar				Stabilisierung sollte bestätigt werden.	Mittel
	Spanien						
	- Dienstleistungen		54,9	55,3	09.15		
	Italien						
	- Dienstleistungen		50,4	50,9	09.45		
	- Gesamtwirtschaft		49,7	-.-			
	Frankreich						
	- Dienstleistungen		44,5	44,5	09.50		
	- -Gesamtwirtschaft		44,5	44,5			
	Deutschland						
	- Dienstleistungen		52,2	52,2	09.55		
	- Gesamtwirtschaft		51,0	51,0			
	Eurozone						
	- Dienstleistungen		50,7	50,7	10.00		
	- Gesamtwirtschaft		50,2	50,1			
GBP	UK finale PMIs:	Februar			10.30	Werden vorläufige Werte bestätigt?	Mittel
	- Dienstleistungen		51,1	51,1			
	- Gesamtwirtschaft		50,5	50,5			
EUR	Erzeugerpreise (M/J)	Januar	0,4%/0,0%	0,5%/1,4%	11.00	Auslaufende Basiseffekte!	Mittel
USD	MBA-Hypotheken-marktindex	28.2.	212,3	-.-	13.00	Keine Prognose verfügbar.	Gering
USD	ADP-Beschäftigungs-report (Privatwirtschaft)	Februar	183.000	140.000	14.15	Rückläufige Tendenz im Jobaufbau?	Hoch
USD	Finale PMIs:	Februar			15.45	Wird der Einbruch bestätigt?	Mittel
	- Dienstleistungen		49,7	-.-			
	- Gesamtwirtschaft		50,4	-.-			
USD	Auftragseingang Industrie (M)	Januar	-0,9%	1,6%	16.00	Reaktion auf schwachen Vormonat.	Mittel
USD	ISM-PMI Dienstleistungen	Februar	52,8	52,6	16.00	Divergenz zum S&P PMI?	Mittel



Disclaimer

Wichtige Hinweise

Der Hellmeyer Report ist eine unverbindliche Marketingmitteilung der Netfonds AG, die sich ausschließlich an in Deutschland ansässige Empfänger richtet. Er stellt weder eine konkrete Anlageempfehlung dar noch kommt durch seine Ausgabe oder Entgegennahme ein Auskunfts- oder Beratungsvertrag gleich welcher Art zwischen der Netfonds AG und dem jeweiligen Empfänger zustande.

Die im Hellmeyer Report wiedergegebenen Informationen stammen aus Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität wir jedoch keine Gewähr oder Haftung übernehmen können. Soweit auf Basis solcher Informationen im Hellmeyer Report Einschätzungen, Statements, Meinungen oder Prognosen abgegeben werden, handelt es sich jeweils lediglich um die persönliche und unverbindliche Auffassung der Verfasser des Hellmeyer Reports, die in dem Hellmeyer Report als Ansprechpartner benannt werden.

Die im Hellmeyer Report genannten Kennzahlen und Entwicklungen der Vergangenheit sind keine verlässlichen Indikatoren für zukünftige Entwicklungen, sodass sich insbesondere darauf gestützte Prognosen im Nachhinein als unzutreffend erweisen können. Der Hellmeyer Report kann zudem naturgemäß die individuellen Anlage- möglichkeiten, -strategien und -ziele seiner Empfänger nicht berücksichtigen und enthält dementsprechend keine Aussagen darüber, wie sein Inhalt in Bezug auf die persönliche Situation des jeweiligen Empfängers zu würdigen ist. Soweit im Hellmeyer Report Angaben zu oder in Fremdwährungen gemacht werden, ist bei der Würdigung solcher Angaben durch den Empfänger zudem stets auch das Wechselkursrisiko zu beachten.

IMPRESSUM

Netfonds AG
Heidenkampsweg 73
20097 Hamburg

Tel: +49 (0) 40 8222 67 - 0
Fax: +49 (0) 40 8222 67 - 100
E-Mail: info@netfonds.de
Website: netfonds.de

Vorstand: Martin Steinmeyer (Vors.), Peer Reichelt, Dietgar Völzke

Aufsichtsratsvors.: Klaus Schwantge

Registergericht: Registergericht: AG Hamburg, HRB-Nr. 12080
Ust.-Id.Nr.: Ust.-Id.Nr.: DE 209983608

Sie haben Interesse am
Hellmeyer Report?
Dann melden Sie sich
jetzt unter
www.netfonds.de an